

Brücker, Herbert et al.

Article

Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brücker, Herbert et al. (2016) : Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 83, Iss. 46, pp. 1103-1119

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/148096>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration

von **Herbert Brücker, Nina Rother, Jürgen Schupp, Christian Babka von Gostomski, Axel Böhm, Tanja Fendel, Martin Friedrich, Marco Giesselmann, Yuliya Kosyakova, Martin Kroh, Elisabeth Liebau, David Richter, Agnese Romiti, Diana Schacht, Jana A. Scheible, Paul Schmelzer, Manuel Siegert, Steffen Sirries, Parvati Trübswetter und Ehsan Vallizadeh**

Mit einer repräsentativen Befragung von insgesamt 4 500 Geflüchteten stellen das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am DIW Berlin eine völlig neue Datengrundlage für die Analyse der Fluchtmigration und der Integration Geflüchteter bereit. Die hier vorgelegten Befunde basieren auf dem ersten Teil der Befragung, bei der gut 2 300 Personen interviewt wurden. Erhoben werden nicht nur Fluchtursachen und Fluchtwege, Bildungs- und Erwerbsbiografien, sondern auch Werte, Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale der Geflüchteten sowie ihre Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem. Die wichtigsten Fluchtmotive sind Angst vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Zudem zeigt sich, dass die Kosten und Risiken der Flucht hoch sind. Die Allgemeinbildung der Geflüchteten ist sehr heterogen. Der Anteil der Personen mit Berufs- und Hochschulabschlüssen ist gering. Insgesamt zeigen die Geflüchteten jedoch hohe Bildungsaspirationen. In ihren Wertvorstellungen weisen die Geflüchteten sehr viel mehr Gemeinsamkeiten mit der deutschen Bevölkerung auf als mit der Bevölkerung aus den Herkunftsländern. Die Integration in den Arbeitsmarkt und in das Bildungssystem steht erst am Anfang, allerdings zeigen integrationspolitische Maßnahmen erste Wirkungen.

Mit dem Zuzug von 890 000 Schutzsuchenden im Jahr 2015 und weiteren 210 000 bis Ende September 2016¹ hat die Fluchtmigration in Deutschland ihren vorläufigen Höhepunkt seit Gründung der Bundesrepublik erreicht. Der starke Anstieg der humanitären Migration seit Beginn dieses Jahrzehnts stellt Politik, Verwaltung und die Akteure in der Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, sind sie auf verlässliche Daten angewiesen. Eine repräsentative Datenbasis über die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommenen Geflüchteten steht aber bislang aus. Vor diesem Hintergrund sind das IAB, das Forschungszentrum des BAMF und das SOEP eine Kooperation eingegangen, um eine umfassende und repräsentative Datengrundlage über die Geflüchteten in Deutschland zu schaffen.² Die Befragung ist als Längsschnitt angelegt und umfasst im ersten Teil zunächst gut 2 300 Geflüchtete; darauf beruhen die Ergebnisse in diesem Bericht. In einem zweiten Teil wird die Stichprobe auf mindestens 4 500 Befragte erweitert. Mit rund 450 Fragen werden neben den Migrations-, Bildungs- und Erwerbsbiografien der Geflüchteten sowie den Fluchtursachen und -wegen auch Persönlichkeitsmerkmale, die Einstellungen, Gesundheit und Indikatoren für das subjektive Wohlbefinden der Geflüchteten ermittelt. Ferner sind die Unterbringung, Asylverfahren, Integration in den Arbeitsmarkt und andere gesellschaftliche Bereiche sowie begleitende Politikmaßnahmen Gegenstand der Studie (Kasten 1 und 2).

In diesem Kurzbericht werden erste, noch vorläufige Ergebnisse aus dem ersten Teil der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter vorgestellt. Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse wird zeitgleich in einem längeren Bericht veröffentlicht.³

¹ Vgl. Bundesministerium des Inneren [BMI] (2016): 890 000 Asylsuchende im Jahr 2015. Pressemitteilung vom 30.9.2016, Berlin: BMI.

² Der erste Teil der IAB-BAMF-SOEP-Befragung, auf dem dieser Bericht beruht, wird aus den dem IAB zugewiesenen Forschungsmitteln im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA), ein zweiter Teil vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen eigenen Auftrag für Analysen auf dieser Datengrundlage an das IAB erteilt, der die Auswertungsmöglichkeiten erweitert. Ferner tragen alle drei Forschungseinrichtungen mit Personalmitteln zur Finanzierung des Vorhabens bei.

³ Vgl. Brücker, H. et al. (Hrsg.) (2016a): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. IAB-Forschungsbericht Nr. 14, Nürnberg.

Auf der Flucht – Motive und Kosten

Angst vor Krieg und Verfolgung sind wichtigste Fluchtursachen

Aus Sicht der Migrationstheorie kann Flucht als eine komplexe Entscheidung verstanden werden, bei der sowohl Krieg und Verfolgung, als auch wirtschaftliche, politische und institutionelle Faktoren in den Herkunfts- und Zielländern eine Rolle spielen.⁴ Deshalb

⁴ Hatton, T. J. (2004): Seeking asylum in Europe. *Economic Policy*, Vol. 19 (38), 5-62; Hatton, T. J. (2016): Refugees, Asylum Seekers, and Policy in OECD

wurden die erwachsenen Geflüchteten in dieser Studie danach gefragt, welche Gründe für die Flucht aus den Herkunfts- und Transitländern, aber auch für die Auswahl des Ziellandes entscheidend waren. Dabei wurden bewusst Mehrfachnennungen zugelassen, um die komplexen Motive, die hinter diesen Migrationsentscheidungen stehen, entschlüsseln zu können.⁵

Countries. *American Economic Review*, American Economic Association, Vol. 106 (5), 441-45.

⁵ In der Befragung wurde deutlich gemacht, dass die Antworten in keiner Weise mit dem Asylverfahren in Verbindung stehen und absolut anonym behandelt werden.

Kasten 1

Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten

Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung der Geflüchteten ist eine repräsentative Längsschnittstudie von mehr als 4 500 Personen in Deutschland, die mindestens 18 Jahre alt sind. Im ersten Schritt wurden 2 349 Personen, die in 1 766 Haushalten leben, von Juni bis Oktober 2016 befragt. Auf diese Befragung stützen sich die Ergebnisse im vorliegenden Bericht. Gegenwärtig ist der zweite Teil der Studie im Feld, geplant ist die Befragung von weiteren 2 300 Personen bis Ende des Jahres 2016. Aus der Studie können repräsentative Aussagen über die Grundgesamtheit der im Ausländerzentralregister erfassten Geflüchteten, die vom 1. 1. 2013 bis zum 31. 1. 2016 in Deutschland eingereist sind und einen Asylantrag gestellt haben, unabhängig von ihrem gegenwärtigen Rechtsstatus, abgeleitet werden. Der Begriff „Geflüchtete“ wird hier nicht im juristischen Sinne, sondern als Sammelbegriff für den oben und in Kasten 2 eingegrenzten Kreis erwachsener Personen verwendet.

Die Befragung zeichnet sich im Einzelnen durch folgende Merkmale aus:

Sie erhebt umfassend Fluchtursachen, Fluchtwege, kognitive Fähigkeiten, Persönlichkeitsmerkmale, Werte, Gesundheit, Bildungs- und Erwerbsbiografien, Sprachkenntnisse, Verdienste und Vermögen, den familiären Kontext und die sozialen Netzwerke der Geflüchteten. Ferner werden Registrierung, Stand der Asylverfahren, Unterkunft und die Nutzung der Integrations- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie der Beratungsangebote erhoben. Damit stellt die Befragung dem Wissen der AutorInnen nach auch international die umfassendste Erhebung von Merkmalen dar, die für die Analyse der Fluchtmigration und die Integration der Geflüchteten relevant sind.

Sie wurde in Privathaushalten, Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen „Face-to-Face“ von geschulten InterviewerInnen von *KANTAR Public* (früher: TNS Infratest Sozialforschung) mit Computerunterstützung durchgeführt. Der

Fragebogen stand in sieben Sprachen (Arabisch, Kurmandschi, Farsi, Urdu, Paschtu, Deutsch und Englisch) zur Verfügung. Für die Befragung wurden innovative auditive Erhebungsinstrumente entwickelt, sodass der Fragebogen schriftlich und mündlich zur Verfügung stand, um die Beteiligung der Personen mit schlechten Lesefähigkeiten sicher zu stellen. Im Bedarfsfall standen SprachmittlerInnen zur Verfügung.

Das Frageprogramm ist mit demjenigen der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und dem Basisprogramm der SOEP-Studie „Leben in Deutschland“ harmonisiert, sodass die Ergebnisse der Befragung mit Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland verglichen werden können. Die Befragung wird als spezielle Teilstichprobe in das SOEP integriert, sodass sie nutzerfreundlich für die Forschung durch Dritte bereitsteht.

Die Ergebnisse werden – bei schriftlicher Zustimmung der Betroffenen – mit den Daten der *Integrierten Erwerbsbiografien* (IEB) des IAB verknüpft. Damit werden die umfassenden Daten der Befragung mit den präzisen Arbeitsmarktdaten der BA verbunden, die zum Beispiel Verdienste und die Beschäftigungs-, Arbeitslosigkeits- und Leistungsbezugsepisoden enthalten. Dadurch kann im Detail die Erwerbsbiografie der Geflüchteten in Deutschland nachvollzogen werden.

Um sicherzustellen, dass möglichst viele Befragte auch an weiteren Wellen der Befragung teilnehmen, erfolgt ein engmaschiges „Tracking“.

Insgesamt steht damit ein weltweit einmaliger Datensatz für die Forschung zur Migration und Integration der Geflüchteten zur Verfügung. Die Daten der ersten Welle werden der Forschung ab dem Herbst 2017 in den Forschungsdatenzentren des IAB und des SOEP bereitgestellt. Der mit den IEB verknüpfte Datensatz kann aus Datenschutzgründen nur von Gastwissenschaftlern am IAB oder über ein Remote-Access-Verfahren genutzt werden.

Mit großem Abstand wird die Angst vor gewaltsamen Konflikten und Krieg (70 Prozent) als wichtigstes Fluchtmotiv genannt. Andere wichtige politische Motive sind Verfolgung (44 Prozent), Diskriminierung (38 Prozent) und Zwangsrekrutierung (36 Prozent). Ebenfalls häufig werden schlechte persönliche Lebensbedingungen (39 Prozent) und die wirtschaftliche Situation im Herkunftsland (32 Prozent) angegeben (Abbildung 1a). Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Iran nennen besonders häufig Krieg und Verfolgung als Fluchtursachen, Geflüchtete aus Eritrea Zwangsrekrutierung. Demgegenüber berichten Geflüchtete aus den Westbalkan-Staaten vielfach von prekären persönlichen Lebensbedingungen, der schlechten wirtschaftlichen Situation in den Herkunftsländern und Diskriminierung.

Gut zwei Fünftel der Geflüchteten haben sich, bevor sie nach Deutschland migriert sind, für drei Monate oder länger in einem Transitland aufgehalten, wobei gut 60 Prozent davon von vornherein in andere Länder weiterreisen wollten. Dennoch haben viele Geflüchtete die Transitländer nach ihren Angaben nicht freiwillig verlassen, sondern entweder unter dem Druck prekärer persönlicher Lebensverhältnisse (53 Prozent) oder aufgrund von Verfolgung (25 Prozent), Vertreibung (19 Prozent) und Diskriminierung (18 Prozent). Als die häufigsten Transitländer nennen die Befragten mit deutlichem Abstand die jeweiligen Nachbarstaaten ihres Herkunftslandes, also die Türkei, den Iran, den Libanon und den Sudan.⁶

Achtung der Menschenrechte ist wichtigster Grund der Entscheidung für Deutschland

Auch bei der Auswahl Deutschlands als Zielland spielt das Schutzbedürfnis der Betroffenen die wichtigste Rolle: Der am häufigsten genannte Grund ist die Achtung der Menschenrechte (73 Prozent). Dies gilt insbesondere für Befragte aus dem Irak (85 Prozent) und Syrien (81 Prozent), ähnlich hohe Anteile entfallen auf dieses Motiv bei Geflüchteten aus anderen Konfliktregionen. Seltener wird als Grund das deutsche Bildungssystem angegeben (43 Prozent) und das Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein (42 Prozent). Knapp ein Viertel der Befragten nennt die wirtschaftliche Lage in Deutschland oder das staatliche Wohlfahrtssystem als Motiv für ihre Wahl (Abbildung 1b).

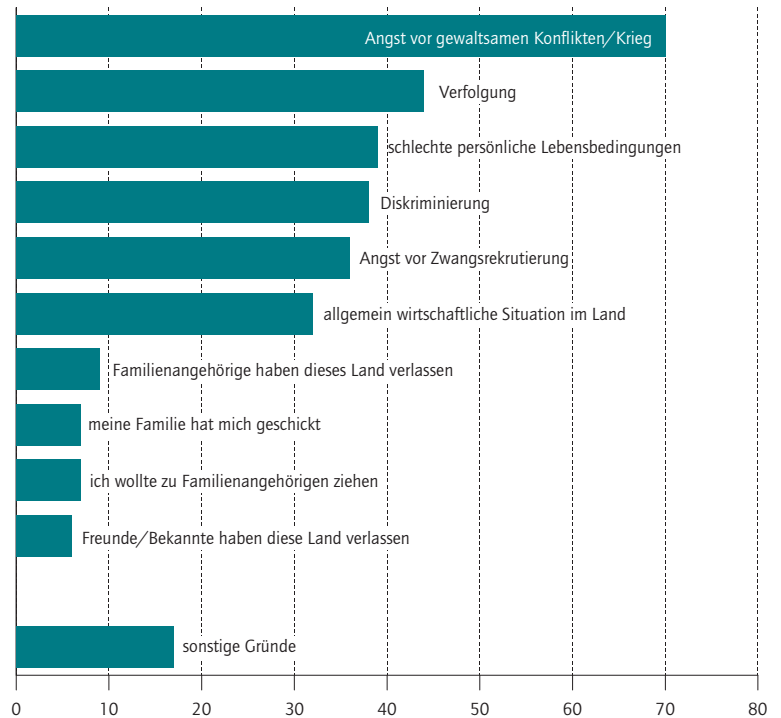
Persönliche Netzwerke spielen unter den Gründen für das Verlassen der Herkunftsländer indes eine geringe Rolle. Für die Auswahl Deutschlands als Zielland ist dieses Motiv allerdings von etwas größerer Bedeutung: So geben neun Prozent der Befragten an, dass bereits Familienangehörige das Land verlassen haben, aber

⁶ Vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a.a.O.

Abbildung 1a

Gründe für das Verlassen des Herkunftslandes

Gewichtete Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Basis: Befragte, die mindestens einen Grund genannt haben.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

© DIW Berlin 2016

19 Prozent, dass sie sich für Deutschland als Zielland entschieden haben, weil hier bereits Familienangehörige leben.

Flucht ist mit hohen Kosten und Risiken verbunden

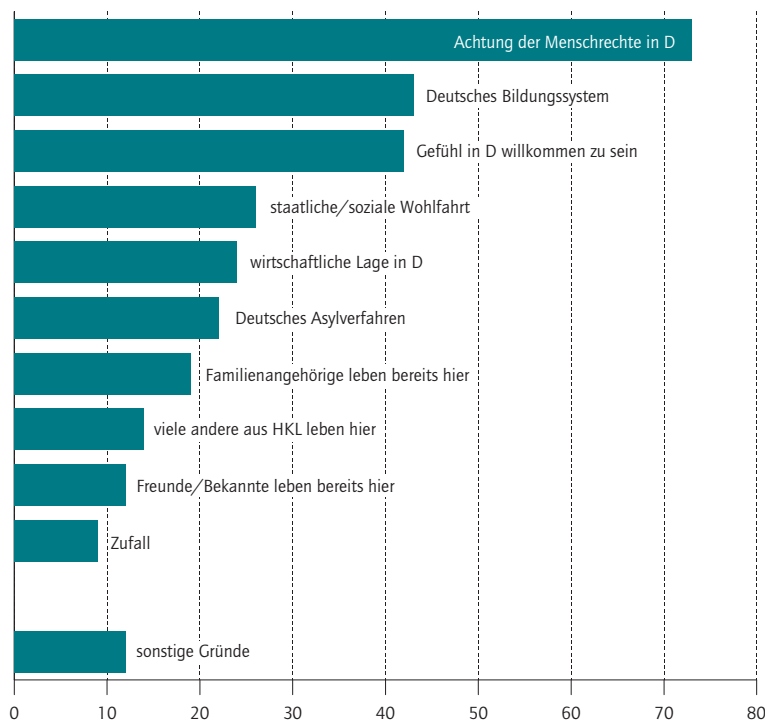
Fluchtmigration unterscheidet sich von anderen Formen der Migration dadurch, dass sie mit höheren Kosten und Risiken verbunden ist. Über Höhe und Struktur der Kosten sowie die individuellen Risiken der Flucht ist bislang wenig bekannt.

Nach Angaben der Befragten lagen die durchschnittlichen Kosten der Flucht aus dem Herkunftsland der von Januar 2013 bis Januar 2016 zugezogenen Geflüchteten bei gut 7000 Euro, die mittleren Kosten (Median)⁷ bei

⁷ Der Medianwert ist der mittlere Wert, der die Stichprobe in die obere und untere Hälfte teilt. Einige wenige Extremwerte am oberen oder unteren Rand der Verteilung können das Ergebnis anders als bei der Berechnung der Durchschnittskosten deshalb nicht beeinflussen.

Abbildung 1b

Gründe für die Auswahl Deutschlands als Zielland
Gewichtete Anteile in Prozent, Mehrfachnennungen möglich



Basis: Befragte, die mindestens einen Grund genannt haben.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

© DIW Berlin 2016

Tabelle 1

Kosten der Flucht nach Deutschland
In Euro¹

Kostenart	Fluchtweg nach Deutschland			
	Direkt aus Herkunftsland		Direkt aus Transitland	
	Mittelwert	Medianwert ³	Mittelwert	Medianwert ³
Kosten für die Verkehrsmittel	3 949	2 500	2 912	1 800
Kosten für die Unterkunft	459	0	626	0
Kosten für die Fluchthilfe/ Schleusung	3 103	1 500	2 440	1 000
Kosten insgesamt ²	7 137	5 000	5 231	3 550

¹ Berücksichtigt wurden die Abreisen vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2015.

² Die Gesamtkosten wurden als die Summe der Kosten für Verkehrsmittel, Unterkunft und Schleuser berechnet. Falls der/die Befragte auf die Frage zu den jeweiligen Kosten „Weiß nicht“ geantwortet hat, wurden seine/ihre Angaben in der Summe nicht berücksichtigt.

³ Beim Medianwert treten Werte von Null auf, wenn mehr als die Hälfte der Befragten bei der Position keine Kosten hat.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

© DIW Berlin 2016

Kasten 2

Stichprobenziehung, Stichprobenumfang und Gewichtung

Die Stichprobe wurde aus dem Ausländerzentralregister (AZR) gezogen. Das AZR enthält Informationen zum Rechtsstatus der AusländerInnen, sodass Geflüchtete hierüber identifiziert werden können. Die Studie berücksichtigt drei Gruppen in Hinblick auf ihren Rechtsstatus: 1) AsylbewerberInnen, die sich noch in den Asylverfahren befinden; 2) Geflüchtete, denen bereits ein Schutzstatus zugesprochen wurde, insbesondere Asylberechtigte, Geflüchtete nach der Genfer Flüchtlingskonvention und subsidiär Geschützte¹; 3) Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, deren Ausreise oder Abschiebung jedoch aus unterschiedlichen Gründen ausgesetzt wurde und die daher überwiegend eine Duldung erhalten haben.

Geflüchtete, die noch nicht als Asylsuchende registriert waren, wurden beim Stichprobendesign bewusst nicht berücksichtigt, weil über die Grundgesamtheit dieser Gruppe keine Informationen vorliegen und somit keine repräsentativen Aussagen über sie gemacht werden können.

Insgesamt umfasste die für die Stichprobenziehung angefertigte Sonderauszählung des AZR zum Stichtag 30.6.2016 529 078 erwachsene Geflüchtete², die vom 1.1.2013 bis zum 31.1.2016 nach Deutschland eingereist sind und einen Asylantrag gestellt haben; davon sind zwei Drittel (337 445) 2015 eingereist. Die 2016 eingereisten Geflüchteten wurden schrittweise beim BAMF nacherfasst. Um den Bias durch die 2015 noch nicht erfassten Personen abzumildern, wurde die Stichprobe zu drei Zeitpunkten gezogen.

Unter den vom 1.1.2013 bis zum 31.1.2016 zugezogenen Geflüchteten waren laut AZR-Sonderauszählung zum Stichtag 30.6.2016 rund 55 Prozent (289 705) noch in den Asylverfahren, 36 Prozent verfügten über einen anerkannten Schutzstatus (191 481) und neun Prozent (47 892) hatten eine Duldung oder einen sonstigen Aufenthaltsstatus.

Weil die Stichprobe als jährliche Wiederholungsbefragung angelegt ist, wurden Personen mit günstiger Bleibeperspektive überdurchschnittlich in der Stichprobe berücksichtigt. Ferner wurden Frauen überproportional gezogen, um repräsentative Aussagen über diese Gruppen machen zu können. Die anderen Gruppen sind – mit einem geringeren Anteil als in der Grundgesamtheit – ebenfalls repräsentiert. Repräsentativität für die Grundgesamtheit wird mithilfe von geeigneten Gewichtungsverfahren hergestellt.

¹ Dazu zählen auch Personen, die im Rahmen einer Neuansiedlung (Resettlement) aufgenommen wurden, sowie Kontingentflüchtlinge.

² Hinzu kommen 205 932 Minderjährige.

5 000 Euro (Tabelle 1). Die durchschnittlichen Kosten aus einem Transitland waren niedriger und lagen bei etwa 5 200 Euro (mittlere Kosten bei 3 550 Euro). Der große Unterschied zwischen Durchschnittskosten und mittleren Kosten erklärt sich dadurch, dass in einzelnen Fällen sehr hohe Beträge für die Flucht aufgewendet wurden.

Von den Durchschnittskosten der Flucht aus dem Herkunftsland entfiel der größte Anteil auf die Verkehrsmittel (3 949 Euro; bei Flucht aus dem Transitland 2 912 Euro), gefolgt von den Kosten für Fluchthelfer (3 103 Euro; bei Flucht aus dem Transitland 2 440 Euro) und Kosten für die Unterkunft (459 Euro; bei Flucht aus dem Transitland 626 Euro, Tabelle 1). Finanziert wird die Flucht besonders häufig durch eigene Ersparnisse (50 Prozent), durch Verkauf von Vermögenswerten (39 Prozent) und durch Gelegenheitsjobs (34 Prozent), seltener durch Zuwendungen von Familienangehörigen (15 Prozent) oder aus dem Freundes- und Bekanntenkreis (15 Prozent) und durch Kredite (sieben Prozent).

Die Durchschnittskosten der Flucht variieren dabei stark zwischen den verschiedenen Herkunftsregionen: Die höchsten Werte berichten Befragte aus Afghanistan und Pakistan (12 040 Euro), gefolgt von Irak, Iran, Libanon und Palästina (11 363 Euro) sowie Syrien (5 556 Euro). Am unteren Ende liegen die Werte für Personen aus den nordafrikanischen Staaten (1 398 Euro), Westbalkan-Staaten (1 638 Euro), dem restlichen Afrika (2 578 Euro) und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (2 644 Euro).

Die Flucht ist nicht nur mit monetären Kosten, sondern auch mit erheblichen Risiken und Bedrohungen für die körperliche und seelische Unversehrtheit verbunden. So gibt ein Viertel der Befragten an, Opfer von Schiffbruch geworden zu sein. Aber auch von anderen Bedrohungen für Gesundheit und körperliche Unversehrtheit wird häufig berichtet: So sind zwei Fünftel Opfer körperlicher Übergriffe geworden, ein Fünftel von Raubüberfällen und 15 Prozent der weiblichen Geflüchteten berichten von sexuellen Übergriffen. Mehr als die Hälfte wurde durch wirtschaftlichen Betrug geschädigt, gut ein Viertel wurde erpresst.

Dauer und Kosten der Flucht sind im Zeitverlauf gefallen

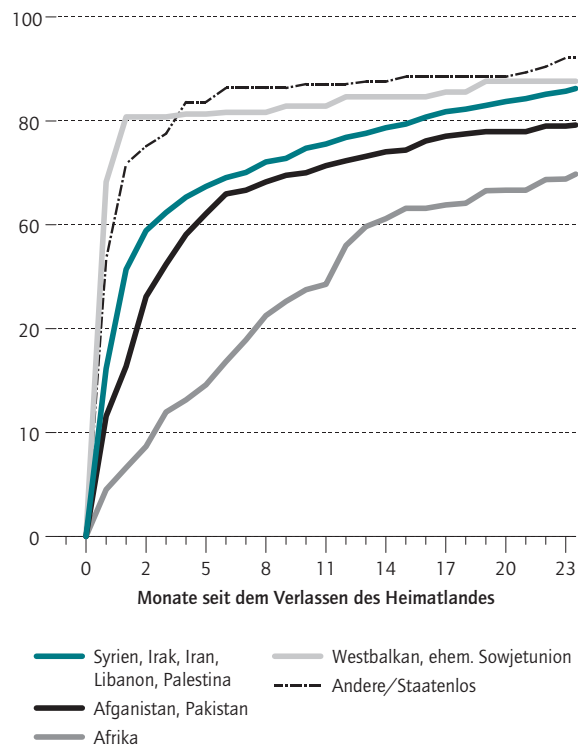
Die Flucht aus dem Herkunftsland direkt nach Deutschland hat im Durchschnitt der Befragten 35 Tage in Anspruch genommen. Die Flucht aus Transitländern, in denen die Befragten sich länger als drei Monate aufgehalten haben, dauerte durchschnittlich 49 Tage.⁸ Die voll-

⁸ Gemessen wird der Zeitraum von der Abreise beim letzten Aufenthalt im Herkunftsland beziehungsweise Transitland bis zur Ankunft in Deutschland. Bei

Abbildung 2

Übergangszeit vom Verlassen des Herkunftslandes bis zur Ankunft in Deutschland

Kumulativer Anteil der Personen, die nach Deutschland eingereist sind, in Prozent



Anmerkungen: Invertierte Kaplan-Meier-Funktion. Geschätzt wird die Wahrscheinlichkeit, zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Deutschland einzureisen.

Lesbeispiel: Einen Monat nach dem Verlassen des Heimatlandes beträgt die Wahrscheinlichkeit, nach Deutschland einzureisen, für Personen aus Syrien, Irak, Libanon und Palästina 52 Prozent; aus Afghanistan und Pakistan 34 Prozent; aus Afrika 13 Prozent; aus dem Westbalkan und ehemaligen UdSSR-Staaten 81 Prozent.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2016

ständige Dauer der Flucht seit Verlassen des Herkunftslandes (inklusive Aufenthalte in Transitländern) variiert stark nach Herkunftsregionen (Abbildung 2): So sind innerhalb eines Monats nach der Abreise aus dem Herkunftsland 81 Prozent der Geflüchteten aus den Westbalkan-Staaten und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Hälfte der Geflüchteten aus Syrien und anderen Ländern des Mittleren Ostens, aber nur ein Zehntel der Geflüchteten aus Afrika in Deutschland angekommen.

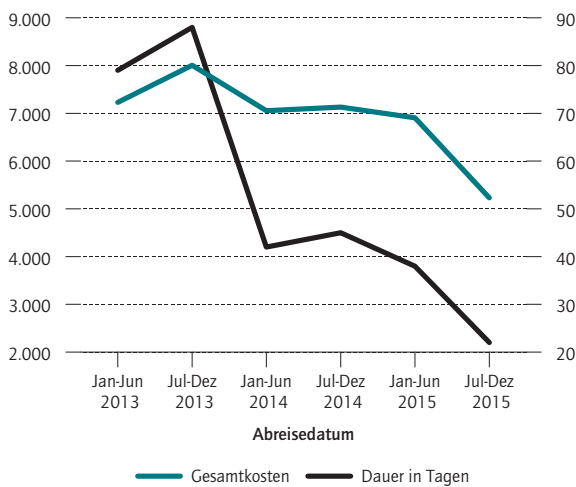
der Aufstellung der Dauer beziehungsweise der Kosten wird das Abreisedatum zugrunde gelegt. Nur die Abreisen zwischen Januar 2013 und Dezember 2015 werden berücksichtigt.

In diesen Unterschieden spiegelt sich nicht allein die geografische Lage der Herkunftsländer. Wichtige andere Faktoren können die Durchreisemöglichkeiten in den Transitländern und die Einkommenssituation der Geflüchteten sein.

Abbildung 3

Dauer und Kosten der Flucht

Erstes Halbjahr 2013 bis zweites Halbjahr 2015



Anmerkungen: Die Angaben in Dollar wurden zum Wechselkurs des Jahrs der Abreise in Euro umgerechnet.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtete Werte.

© DIW Berlin 2016

Im Zeitverlauf sind die Dauer der Flucht nach Deutschland und deren monetäre Kosten gesunken: Beliefen sich die durchschnittlichen Fluchtkosten der Geflüchteten, die im ersten Halbjahr 2013 ihre Herkunftsländer oder Transitländer verlassen haben, noch auf 7 229 Euro, so sind die Kosten der Flucht für Geflüchtete, die im ersten Halbjahr 2015 ihre Herkunftsländer verlassen haben, auf 6 900 Euro, und die im zweiten Halbjahr 2015 ihre Herkunftsländer verlassen haben, auf 5 232 Euro gesunken. Zugleich ist die Dauer der Flucht auf 38 beziehungsweise 22 Tage gesunken (Abbildung 3).⁹ Bei der Interpretation der Werte für das zweite Halbjahr 2015 ist allerdings zu berücksichtigen, dass Personen mit einer langen Fluchtdauer am Ende des Stichprobenzeitraums unterdurchschnittlich erfasst werden, weil sie zum Ziehungszeitpunkt noch nicht in Deutschland angekommen sind.

**Im Gepäck –
Bildung und andere Kompetenzen
Polarisierung der Allgemeinbildung**

Unter den Geflüchteten ist das Niveau der Schulbildung stark polarisiert: So haben etwa 37 Prozent der erwachsenen Geflüchteten eine weiterführende Schule besucht und 32 Prozent einen weiterführenden Schulabschluss erworben (Tabelle 2). Der überwiegende Teil der AbsolventInnen weiterführender Schulen besitzt Abschlüsse mit allgemeiner Ausrichtung, die in der Regel einer Hochschulzugangsberechtigung entsprechen dürften. Im Durchschnitt haben die BesucherInnen und AbsolventInnen weiterführender Schulen zwölf Schuljahre absolviert.

31 Prozent haben Mittelschulen besucht, 22 Prozent haben dort einen Schulabschluss erworben. Die BesucherInnen von Mittelschulen haben durchschnittlich neun, die AbsolventInnen zehn Schuljahre erreicht. Weitere fünf Prozent haben sonstige Schulen besucht und drei Prozent dort Schulabschlüsse erworben. Die AbsolventInnen haben dort im Durchschnitt elf Schuljahre, die BesucherInnen zehn Schuljahre verbracht.

Am anderen Ende des Qualifikationsspektrums haben zehn Prozent nur eine Grundschule (im Durchschnitt sechs Jahre lang) und weitere neun Prozent gar keine Schule besucht. Insgesamt haben 26 Prozent der SchulbesucherInnen in der Stichprobe die Schule ohne Abschluss verlassen. Erst ein Prozent der Geflüchteten hat einen Schulabschluss in Deutschland erworben, ein Prozent geht gegenwärtig in Deutschland zur

Tabelle 2

Schulbesuch, Schulabschlüsse und Schuljahre nach Schultypen

Schultyp	Anteil an 18-Jährigen und Älteren in Prozent		durchschnittliche Zahl der Schuljahre	
	Schulbesuch	Schulabschluss	alle Schulbesucher	mit Abschluss
noch in Schule ¹	1	-	6	-
Grundschule	10	-	6	-
Mittelschule	31	22	9	10
weiterführende Schule	37	32	12	12
sonstige Schule	5	3	10	11
keine Schule	9	-	-	-
keine Angabe	7	-	10	-
insgesamt	100	58	10	11

¹ „Noch in Schule“ bezieht sich auf Personen, die in Deutschland eine Schule besuchen, aber im Heimatland keine Schule besucht haben oder keine Angabe dazu gemacht haben. – „Schulbesuch“ wurde angepasst zu „Schulbesuch mit Abschluss“, wenn die Schule des Abschlusses höher als die Angabe zur höchsten besuchten Schule war.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016, gewichtet.

© DIW Berlin 2016

⁹ Die Befunde sind auch robust, wenn Veränderungen in der Zusammensetzung der Herkunftsländer berücksichtigt werden. Die Ergebnisse einer multivariaten Analyse, die die Herkunftsländereffekte berücksichtigt, sind auf Nachfrage verfügbar.

Schule (Tabelle 2). Dieser geringe Anteil kann einerseits dadurch erklärt werden, dass sich die meisten Befragten erst kurz in Deutschland aufhalten und sich andererseits im Erwachsenenalter befinden.

Insgesamt haben 55 Prozent der Geflüchteten zehn und mehr Schuljahre in allgemeinbildenden Schulen verbracht und damit ein Niveau erreicht, das in Europa als Mindeststandard gilt. Zum Vergleich: Während 58 Prozent der Geflüchteten zehn Jahre und mehr in Schulen, Hochschulen sowie in beruflicher Bildung verbracht haben, waren es unter der deutschen Wohnbevölkerung 88 Prozent. Zu berücksichtigen ist dabei, dass viele Geflüchtete ihre Bildungsbiografien durch Krieg, Verfolgung und Flucht unterbrechen mussten. Aufgrund der Unterschiede in den Bildungssystemen ist ein Vergleich der Schultypen über verschiedene Länder nur eingeschränkt möglich. 36 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung im Alter von 18 Jahren und älter verfügten im SOEP 2014 über höhere Schulabschlüsse wie Gymnasial- und Fachoberschulabschlüsse, 56 Prozent über mittlere Schulabschlüsse wie Haupt- und Realschulabschlüsse. Die Bildungsstruktur der Geflüchteten unterscheidet sich insofern von der deutschen Wohnbevölkerung weniger am oberen Ende des Qualifikationsspektrums; sie zeichnet sich durch einen sehr viel kleineren Anteil in der Mitte und einen sehr viel größeren Anteil am unteren Ende des Qualifikationsspektrums aus.

Unter den Geflüchteten aus Ländern, die schon länger von Kriegen und Bürgerkriegen betroffen sind – zum Beispiel Afghanistan, den Grenzgebieten zu Pakistan, Somalia, Sudan und andere – ist der Anteil der Personen, die die Schule abgebrochen oder erst gar keine Schulbildung aufgenommen haben, besonders hoch. Eritrea bildet einen Sonderfall, weil dort Bildungszertifikate erst nach dem Absolvieren des häufig jahrzehntelangen Militärdienstes ausgestellt werden. Insofern ist die Zahl der SchulbesucherInnen dort vergleichsweise hoch, aber der Anteil, der über ein Bildungszertifikat verfügt, sehr gering.¹⁰ Ethnische Minderheiten wie die Roma vom Westbalkan oder die Jesiden aus dem Irak und Syrien verfügen über ein vergleichsweise geringes Bildungsniveau. Bei diesen Gruppen dürfte ethnische Diskriminierung beim Zugang zu Bildungseinrichtungen eine wichtige Rolle gespielt haben. Umgekehrt ist das Bildungsniveau der Geflüchteten aus Syrien vergleichsweise hoch, weil hier bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Jahr 2011 der Zugang zu Bildungseinrichtungen gewährleistet war. Ein ähnlich hohes oder höheres Niveau ist unter den Geflüchte-

¹⁰ Vgl. Worbs, S. et al. (2016): Asyl – und dann? Die Lebenssituation von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen in Deutschland. BAMF-Flüchtlingsstudie 2014, Forschungsbericht 28, Nürnberg.

Tabelle 3

Berufs- und Hochschulbildung: Teilnahme und Abschlüsse

Anteile der 18-Jährigen und Älteren in Prozent und durchschnittliche Jahre in Berufs- und Hochschulbildung

	Anteil der 18-Jährigen und Älteren in Prozent		durchschnittliche Bildungsjahre	
	Teilnahme	mit Abschluss ¹	alle TeilnehmerInnen	Personen mit Abschluss
betriebliche Ausbildung/berufliche Schule (früher) ¹	9	6	3	3
betriebliche Ausbildung/berufliche Schule (derzeit) ²	3	-	nicht verfügbar	-
Universitäten/Fachhochschulen	19	13	4	5
keine Ausbildung	69	-	-	-
keine Angabe	1	-	-	-
Insgesamt	100	19	4	4

¹ Nur Teilnahme/Abschluss im Ausland.

² Teilnahme/Abschluss in Deutschland.

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

ten aus dem Iran und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu beobachten.

Geringe Anteile mit beruflicher Bildung

19 Prozent der Geflüchteten haben Universitäten oder andere Hochschulen besucht, 13 Prozent haben einen Hochschulabschluss erworben. Weitere zwölf Prozent haben an einer betrieblichen Ausbildung oder an einer anderen beruflichen Ausbildung teilgenommen, sechs Prozent haben einen beruflichen Abschluss erworben (Tabelle 3). Personen mit Hochschulabschluss haben im Durchschnitt fünf Jahre an Universitäten und anderen Hochschulen verbracht, Personen mit einer beruflichen Ausbildung haben im Durchschnitt drei Jahre dafür aufgewendet. Im Vergleich hierzu hatten 2014 21 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung im SOEP einen Hochschulabschluss, 59 Prozent einen beruflichen Abschluss.

Dieses große Gefälle bei der beruflichen Bildung liegt nur zum Teil an dem Entwicklungsniveau und den kriegsbedingten Umständen in den Herkunftsländern. Die meisten dieser Länder kennen kein Ausbildungssystem, das mit dem deutschen Berufsbildungssystem vergleichbar wäre. Viele handwerkliche, technische und kaufmännische Berufe werden deshalb in den Herkunftsländern ohne formelle Ausbildung ausgeübt. Insofern können viele Geflüchtete über auch in Deutschland verwertbare berufliche Fähigkeiten verfügen, die durch „On the Job“-Training und andere berufliche Erfahrungen gewonnen

wurden, sich aber nicht in zertifizierten Ausbildungsabschlüssen niederschlagen.¹¹

Bei den Geflüchteten in der Stichprobe zeichnen sich zwar Unterschiede in der Bildung zwischen Männern und Frauen ab: So haben 37 Prozent der Frauen im Vergleich zu 32 Prozent der Männer keinen Schulabschluss, und 71 Prozent der Frauen im Vergleich zu 68 Prozent der Männer keinen Hochschul- und Berufsabschluss erworben. Bei Frauen ohne Kinder hat allerdings ein geringerer Anteil als bei den Männern ohne Kinder keinen Schulabschluss (29 Prozent gegenüber 31 Prozent). Bei der Berufs- und Hochschulbildung verschwindet das Gefälle, wenn nur Frauen und Männer ohne Kinder berücksichtigt werden.

Starke Bildungsorientierung der Geflüchteten

Die Ergebnisse der Befragung deuten darauf hin, dass die Bildungsambitionen der Geflüchteten hoch sind: So streben 46 Prozent der erwachsenen Geflüchteten noch einen allgemeinbildenden Schulabschluss in Deutschland an, 66 Prozent einen beruflichen Abschluss. Mit 23 Prozent will etwas mehr als ein Drittel davon einen akademischen Abschluss erwerben.

Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass sich die Bildungsstruktur der Geflüchteten noch stark verändern wird. Allerdings wäre es voreilig, aus den Bildungsvorhaben Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, in welchem Umfang die Geflüchteten tatsächlich Bildungseinrichtungen in Deutschland besuchen und Abschlüsse erwerben werden. Auch ist die zeitliche Sequenz offen: Viele Geflüchtete wollen zunächst arbeiten und erst später in Bildung und Ausbildung investieren.

Gemessen an den Ambitionen ist die Bildungsbeteiligung der Geflüchteten noch gering: Zum Zeitpunkt der Befragung besuchten fünf Prozent der erwachsenen Geflüchteten Schulen und Hochschulen oder machten eine berufliche Ausbildung. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich unter den befragten Geflüchteten rund 55 Prozent noch in den Asylverfahren befanden und neun Prozent im Rahmen einer Duldung in Deutschland aufhielten. Zudem sind die Deutschkenntnisse häufig noch zu gering, um Bildungseinrichtungen zu besuchen. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass die Bildungsbeteiligung noch steigen wird.

¹¹ Vgl. Radetzky, M.-C. von, Stoeve, K. (2016): Bildungsstand syrischer Flüchtlinge – 5 Gerüchte auf dem Prüfstand, IW-Kurzbericht Nr. 20, 1-3; bq-Portal (2016): Berufsbildungssystem, Syrien. <https://www.bq-portal.de/de/printpdf/5077> (Abruf 20. 10. 2016).

Niedriges Ausgangsniveau, aber steigende deutsche Sprachkompetenz

Rund 90 Prozent der Geflüchteten geben an, beim Zuzug nach Deutschland noch keine Deutschkenntnisse gehabt zu haben, knapp 30 Prozent konnten eigenen Einschätzungen zufolge bei der Einreise Englisch gut oder sehr gut lesen und sprechen. Zum Zeitpunkt der Befragung waren die selbsteingeschätzten Deutschkenntnisse Geflüchteter bereits deutlich besser als bei der Einreise: 18 Prozent der Geflüchteten, die noch keine zwei Jahre in Deutschland waren, stuften ihre deutschen Sprachkenntnisse als gut oder sehr gut ein, 35 Prozent als mittel und 47 Prozent gaben an, nur über geringe oder gar keine Deutschkenntnisse zu verfügen. Von den Geflüchteten, die länger als zwei Jahre in Deutschland waren, beläuft sich der Anteil mit guten oder sehr guten Deutschkenntnissen nach Selbsteinschätzung auf 32 Prozent, mit mittleren auf 37 Prozent.

Die Sprachförderung der Geflüchteten hat seit dem vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Wesentliches Instrument der öffentlichen Sprachförderung sind die Integrationskurse des BAMF (Kasten 3). Daneben gibt es eine Reihe weiterer Angebote wie die ESF-BAMF-Kurse zum Erlernen von berufsbezogenem Deutsch, die 2015 ange-

Kasten 3

Rechtlicher Rahmen für den Besuch von Integrationskursen

Integrationskurse sind das wesentliche Instrument der Sprachförderung durch die öffentliche Hand. Sie enthalten eine umfassende Sprachförderung von in der Regel 600 Unterrichtseinheiten und einen Orientierungskurs mit inzwischen 100 Unterrichtseinheiten. Das angestrebte Sprachniveau ist B1 der internationalen Klassifizierung von Sprachkompetenzen und wird durch einen Sprachtest nachgewiesen. Bis November 2015 war Geduldeten und Personen, die sich noch im Asylverfahren befanden, die Teilnahme an einem Integrationskurs nicht möglich. Seit November 2015 können Geduldete und AsylbewerberInnen, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt erwartet wird – aktuell trifft dies auf Personen aus Eritrea, Iran, Irak, Somalia und Syrien zu – einen Antrag auf Zulassung zu einem Kurs beim BAMF beantragen. Darüber hinaus sind Geflüchtete – wie schon in der Vergangenheit – mit einem Schutzstatus antragsberechtigt. Ein Rechtsanspruch auf Sprachförderung besteht nicht. Seit dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes im August 2016 ist die Teilnahme an Integrationskursen verbindlich, die Nichtteilnahme kann sanktioniert werden.

botenen Einstiegskurse zur Deutsch-Sprachförderung und andere Sprachprogramme der BA sowie zahlreiche andere Angebote der Länder und Kommunen, der Wohlfahrtsorganisationen und Ehrenamtlichen.

Über Umfang und Nutzung dieser Angebote war bislang wenig bekannt. Ein Drittel der Geflüchteten hat zum Befragungszeitpunkt Integrationskurse des BAMF besucht, weitere fünf Prozent haben an den berufsbezogenen ESF-BAMF-Kursen und acht Prozent an den Einstiegssprachkursen der BA¹² teilgenommen. Hinzu kommen zahlreiche andere Sprachkurse der Länder, Kommunen, Wohlfahrtsorganisationen und anderer Träger. Insgesamt haben bisher zwei Drittel der Geflüchteten in der einen oder anderen Form einen Sprachkurs besucht. Von denjenigen, die bereits an einem Sprachkurs teilnehmen oder teilgenommen haben, haben 22 Prozent sogar mehr als ein Angebot genutzt.¹³

Neben den institutionalisierten, formalen Angeboten nutzen die Geflüchteten auch andere Möglichkeiten des Spracherwerbs. Am häufigsten werden Medien wie das Internet, das Fernsehen, Zeitungen oder das Radio verwendet, um Deutsch zu lernen (71 Prozent der Befragten). Knapp ein Drittel wurde von nahestehenden Personen unterrichtet und rund 30 Prozent nutzten Sprachlern-CDs, Kurse im Internet und dergleichen.

Eine multivariate Analyse der Determinanten der deutschen Sprachkompetenz der Geflüchteten zeigt, dass es einen starken und statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen der Teilnahme an Sprachkursen und den gestiegenen Deutschkenntnissen der Geflüchteten gibt. Es zeigt sich auch, dass zwischen dem Anstieg der Sprachkompetenz und der Aufenthaltsdauer, der Anerkennung des Schutzstatus, dem Bildungsniveau und einer dezentralen Unterbringung signifikant positive Korrelationen bestehen, negative dagegen bei Frauen sowie Geflüchteten aus sicheren Herkunftsländern.¹⁴

Erste Schritte – Integration in Arbeitsmarkt und Bildungssystem

Viele Geflüchtete haben bereits Arbeitsmarkterfahrungen gesammelt

Die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt wird nicht nur von ihrer Bildung, Sprachkompetenz und sonstigen Fähigkeiten abhängen, sondern auch von den Arbeitsmarkterfahrungen, die sie bereits im jewei-

ligen Herkunftsland gemacht haben. 73 Prozent der 18- bis 65-jährigen Befragten gaben an, bereits vor der Einreise nach Deutschland Berufserfahrungen gesammelt zu haben. Allerdings gibt es ein erhebliches Gefälle zwischen den befragten Männern und Frauen: Während 81 Prozent der geflüchteten Männer über Berufserfahrungen verfügen, gilt dies für 50 Prozent der Frauen.

Anhaltspunkte über die beruflichen Fähigkeiten der Geflüchteten gibt die Tätigkeitsstruktur in ihren Herkunftsländern: Im Durchschnitt waren 27 Prozent der Geflüchteten selbstständig, 30 Prozent als ArbeiterInnen, 25 Prozent als Angestellte ohne Führungsposition und 13 Prozent als Angestellte mit Führungsposition tätig.

Die meisten Geflüchteten wollen arbeiten

Die befragten Geflüchteten zeichnen sich durch eine hohe Arbeitsmotivation aus. Unter den nichterwerbstätigen Geflüchteten geben 78 Prozent an, „ganz sicher“ in der Zukunft eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen, weitere 15 Prozent „wahrscheinlich“. Auch hier gibt es zwischen den Geschlechtern Differenzen: 97 Prozent der Männer und 85 Prozent der Frauen geben an, „sicher“ oder „wahrscheinlich“ eine Erwerbstätigkeit ausüben zu wollen. Die Erwerbsneigung der Frauen ist damit hoch, auch wenn ihre Erwerbsbeteiligung noch gering ist.

Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten steht erst am Anfang

Zum Zeitpunkt der Befragung waren 14 Prozent der TeilnehmerInnen erwerbstätig. Der größte Teil davon entfiel auf diese Gruppen: Vollzeitbeschäftigte (32 Prozent), Teilzeitbeschäftigte (21 Prozent) und TeilnehmerInnen an Praktika oder beruflicher Ausbildung (24 Prozent). Unter den 2015 und 2016 zugezogenen Geflüchteten waren 13 Prozent erwerbstätig, unter den 2014 zugezogenen 22 Prozent, und unter den 2013 und vorher zugezogenen 31 Prozent.¹⁵

Insgesamt entspricht die gegenwärtige Entwicklung der Arbeitsmarktintegration recht genau dem zeitlichen Verlauf der Arbeitsmarktintegration Geflüchteter in der Vergangenheit.¹⁶ Bei der Bewertung der Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass sich noch rund 55 Prozent der befragten Geflüchteten in den Asylverfahren befinden

¹² Ein Teil der Befragten, die angeben, an den BA-Einstiegskursen teilgenommen zu haben, hat möglicherweise an anderen Programmen der BA teilgenommen, die auch Sprachkenntnisse vermitteln.

¹³ Vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a. a. O.

¹⁴ Vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a. a. O.

¹⁵ Aufgrund niedriger Fallzahlen sind diese Werte nur als Anhaltspunkte zu verstehen. Bei den Personen, die vor 2013 nach Deutschland zugezogen waren, handelt es sich um Familienangehörige und andere Personen im befragten Haushalt.

¹⁶ Vgl. Brücker, H. et al. (2016b): Geflüchtete Menschen in Deutschland – eine qualitative Befragung. IAB-Forschungsbericht Nr. 9, Nürnberg; Salikutluk, Z. et al. (2016): Geflüchtete nehmen in Deutschland später eine Erwerbstätigkeit auf andere MigrantInnen. DIW Wochenbericht 83 (35), 749-756.

Tabelle 4

Zusammenhang zwischen Integrationsmaßnahmen/-beratungen und Erwerbstätigkeit

Geschätzte Effekte

Sprachangebote ¹						
BAMF-Integrationskurs	0,100** (0,024)					
ESF-BAMF-Sprachkurse ²	0,304** (0,061)					
BA-Einstiegskurse ³	0,084** (0,032)					
Beratungs- und andere Maßnahmeangebote der BA ⁴						
BA-Perspektive für Flüchtlinge ⁵	0,155** (0,050)					
Allgemeine Arbeitsmarktberatung	0,084** (0,020)					
Berufsberatung	0,075** (0,024)					
Beobachtungen	1 776	2 107	2 079	2 128	2 131	2 135
R ²	0,261	0,251	0,232	0,236	0,233	0,232

Anmerkungen: Die Signifikanzen auf dem Ein- bzw. Fünf-Prozentsniveau sind durch **, bzw. * gekennzeichnet. Die Standardabweichung ist in Klammern ausgewiesen. Abhängige Variable ist jeweils eine Dummy-Variablen, die einen Wert von Eins hat, wenn eine Person zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig ist (Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, in betrieblicher Ausbildung, in Praktikum), und von Null im umgekehrten Fall. Das Modell wird mit der Methode der kleinsten Quadrate (OLS) geschätzt. Als zusätzliche Kontrollvariablen wurden Geschlecht, Alter, Alter zum Quadrat, Alter bei Ankunft, Bildungsabschlüsse vor dem Zuzug, Herkunftsländerregionen, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsdauer zum Quadrat, Kinder, Beschäftigung vor dem Zuzug, Unterbringung, derzeitige Sprachkenntnisse, Sprachkenntnisse vor dem Zuzug, Gesundheitszustand sowie fixe Effekte für den Monat des Interviews, Gemeindegrößeklassen, allgemeine Hilfe bei der Jobsuche, Aufenthaltsstatus und das Bundesland berücksichtigt.

1 Referenzgruppe sind Personen, die noch nicht am jeweiligen Sprachkurs teilgenommen haben. Personen, die einen Sprachkurs voraussichtlich vorzeitig abgebrochen haben, wurden nicht berücksichtigt.

2 Der Kurs dient zum Erlernen von berufsbezogenen Sprachkenntnissen.

3 Gefragt wurde nach der Teilnahme an Einstiegssprachkursen der BA. Da viele Befragte die Teilnahme an diesen Sprachkursen zu Zeitpunkten angaben, als sie noch nicht bzw. nicht mehr angeboten wurden, ist davon auszugehen, dass diese Variable auch andere Sprachprogramme der BA umfasst.

4 Referenzgruppe sind Personen, die noch keine Beratung in Anspruch genommen haben bzw. die Beratungsstellen nicht kennen.

5 Es handelt sich um eine von der Bundesagentur für Arbeit konzipierte arbeitsmarktpolitische Maßnahme zur Feststellung beruflicher Kenntnisse der Geflüchteten.

Lesebeispiel: Für eine Person, die eine allgemeine Arbeitsmarktberatung in Anspruch genommen hat, ist die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um 8,4 Prozentpunkte höher als für eine Person, die keine Beratung in Anspruch genommen hat oder die Beratungsstellen noch nicht kennt.

Quelle: Eigene Schätzungen auf Grundlage der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016.

© DIW Berlin 2016

und sie deshalb nur einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben.¹⁷ Auch dürfte in vielen Fällen noch die notwendige Sprachkompetenz fehlen.

17 So können AsylbewerberInnen erst drei Monate nach der Registrierung einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Ausgenommen sind AsylbewerberInnen aus sicheren Herkunftsländern, die ihren Asylantrag nach dem 31.8. 2015 gestellt haben. Weitere Hürden können sich durch die Vergleichbarkeitsprüfung der Arbeitsbedingungen durch die BA, die Zustimmung der Ausländerbehörden und durch die in einem Teil der Regionen noch angewandte Vorrangprüfung der BA ergeben. Die wichtigste Hürde ist jedoch die Rechtsunsicherheit über den künftigen Aufenthaltsstatus während der Asylverfahren.

Mit 42 Prozent hat ein großer Teil der Geflüchteten mit Erwerbserfahrungen die erste Arbeitsstelle in Deutschland über persönliche Kontakte gefunden, also über Familienangehörige, den Freundeskreis und Bekannte. Dieser Anteil ist jedoch geringer als bei anderen Migrantengruppen, die mit einem Anteil von 55 Prozent deutlich häufiger ihren ersten Job in Deutschland über soziale Kontakte finden.¹⁸ Geflüchtete ohne Berufs- und Hochschulabschlüsse finden überdurchschnittlich häufig ihre erste Stelle durch persönliche Kontakte (60 Prozent), während dies Personen mit Berufs- oder Hochschulabschluss häufiger über die Arbeitsagenturen und Jobcenter (33 Prozent) sowie über Zeitungen und Internet (zehn Prozent) gelingt.

Beratungsangebote zur Arbeitsmarktintegration werden noch wenig genutzt

Die Arbeitsmarkt- und Berufsberatungsangebote der BA beziehungsweise der Jobcenter kennen 46 Prozent der Befragten, 26 Prozent haben die Angebote auch in Anspruch genommen, wobei ein Teil der Befragten mehrere Angebote genutzt hat.¹⁹ Weiteren 20 Prozent waren die Beratungsangebote der BA beziehungsweise der Jobcenter bekannt, wurden aber von ihnen (noch) nicht genutzt. Je länger sich die Geflüchteten in Deutschland aufhalten, desto höher ist der Bekanntheitsgrad dieser Angebote. Rund ein Fünftel der Geflüchteten gibt an, bei der Arbeitsuche Hilfe benötigt und erhalten zu haben; aber zwei Fünftel sagen, dass sie Hilfe benötigt, aber keine erhalten hätten. Insgesamt sprechen diese Befunde dafür, dass die spezifischen Beratungsangebote der BA für Geflüchtete trotz eines steigenden Bekanntheitsgrades noch wenig genutzt werden.

Wirksamkeit der Sprach- und Beratungsangebote

Die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten wird durch viele Programme unterstützt. Um einen ersten Eindruck über die Wirksamkeit dieser Programme zu gewinnen, wird hier der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und verschiedenen Programmen untersucht. Die Ergebnisse sind als statistische Korrelationen zwischen der Programmteilnahme und der Erwerbsbeteiligung zu verstehen, nicht als kausale Schlussfolgerungen.

18 Vgl. Brücker, H. et al (2014): Arbeitsmarktintegration von Migranten in Deutschland: Anerkannte Abschlüsse und Deutschkenntnisse lohnen sich. In: Die IAB-SOEP-Migrationsstichprobe: Leben, lernen, arbeiten – wie es Migranten in Deutschland geht. IAB-Kurzbericht Nr. 21.3, Nürnberg, 21-28; Eisnecker, P., Schacht, D. (2016): Half of the refugees in Germany found their first job through social contacts, DIW Economic Bulletin 34/35, 414-421.

19 Die Arbeitsagenturen sind für arbeitssuchende AsylbewerberInnen während der Asylverfahren sowie für Geduldete zuständig, die Jobcenter für anerkannte Schutzsuchende, die im Bedarfsfall Leistungen der Grundsicherung beziehen.

Untersucht werden zunächst drei Sprachprogramme: Erstens die vom BAMF angebotenen Integrationskurse (Kasten 3). Zweitens die ebenfalls vom BAMF angebotenen berufsbezogenen ESF-BAMF-Sprachkurse, die auf das Erlernen weiterführender Sprachkompetenzen mit berufspraktischem Anwendungsbezug ausgerichtet sind; das heißt, die TeilnehmerInnen verfügen nach Abschluss über bessere Sprachkenntnisse als die TeilnehmerInnen an Integrationskursen und zusätzlich über ein berufsspezifisches Vokabular. Drittens ein im Jahr 2015 angebotener Einstiegssprachkurs der BA sowie andere Sprachprogramme der BA, die sowohl sprachliche Basisqualifikationen als auch berufsbezogene Sprachkenntnisse vermitteln.²⁰

Bei den Schätzungen (Tabelle 4) bilden Personen, die (noch) nicht an den jeweiligen Sprachkursen teilgenommen haben, die Vergleichsgruppe. Die Schätzergebnisse zeigen, dass für Personen, die den Sprachkurs abgeschlossen haben, die Wahrscheinlichkeit der Erwerbstätigkeit signifikant höher ist im Vergleich zu Personen, die noch nicht an einem Sprachkurs teilgenommen haben. Die Effekte sind am stärksten für die ESF-BAMF-Sprachkurse. Dies könnte auf die Vermittlung eines höheren Niveaus der berufsbezogenen Sprachkenntnisse durch ESF-BAMF-Sprachkurse zurückgeführt werden.

Der zweite Teil der Regressionen (Tabelle 4) untersucht, inwieweit die Teilnahme an dem Programm „Perspektive für Flüchtlinge“ der BA, das die beruflichen Kompetenzen und Fähigkeiten der Geflüchteten erfasst, sowie die Arbeitsmarkt- und Berufsberatung der BA mit der Erwerbstätigkeit der Geflüchteten korreliert ist. Wie die Schätzergebnisse zeigen, stehen alle diese Programme in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit der Geflüchteten, erwerbstätig zu sein. Da Geflüchtete mit größerer Arbeitsmarktnähe und mit Fähigkeiten, die für die Arbeitsmarktintegration relevant sind, möglicherweise auch eher an solchen Programmen teilnehmen, können diese Effekte nicht als kausaler Beleg für die Wirksamkeit interpretiert werden. Hier wird die künftige Forschung näheren Aufschluss geben.

²⁰ Gefragt wurde in der Erhebung nach der Teilnahme an dem BA-Einstiegskurs, der von Oktober bis Dezember 2015 stattfand. Allerdings haben viele Befragte angegeben, dass sie auch außerhalb dieser Fristen an dem Kurs teilgenommen haben. Das erklärt sich dadurch, dass diese Personen vermutlich den BA-Einstiegskurs mit anderen Sprachförderprogrammen der BA verwechselt haben (z. B. berufsbezogene Sprachförderkurse nach §45 SGB III). Aufgrund dieses möglichen Messfehlers berücksichtigt diese Variable in einem umfassenderen Sinne nicht nur die BA-Einstiegskurse, sondern auch andere Sprachförderprogramme der BA.

Viele Gemeinsamkeiten – eine Gegenüberstellung mit Deutschen

Demokratische Grundwerte

Die soziale und kulturelle, aber auch die wirtschaftliche Teilhabe der Geflüchteten wird maßgeblich von ihren Werten und ihrer weiteren Entwicklung abhängen. Geflüchtete stammen vielfach aus diktatorisch regierten Ländern, in denen demokratische Traditionen sowie zivilgesellschaftliche Strukturen schwach ausgebildet oder in den letzten Jahren zerstört worden sind. Inwieweit sich die Erfahrung diktatorischer Regime in einer geringen Unterstützung der Demokratie äußert oder im Gegenteil die Flucht aus solchen Systemen mit besonders ausgeprägten demokratischen Einstellungen verbunden ist, wird hier über die Zustimmung der Befragten zu unterschiedlichen Aussagen zu Regierungsformen und demokratischen Prinzipien ermittelt.

In der Befragung wird dafür die Einstellung der Geflüchteten zu Regierungsformen, ihr Verständnis von Demokratie sowie von der Rolle von Mann und Frau in der Gesellschaft untersucht. Die meisten dieser Fragen sind an den *World Values Survey* (WVS) angelehnt, was einen Vergleich mit der deutschen Bevölkerung und – mit Einschränkungen – auch mit der Bevölkerung der Herkunftsländer ermöglicht.

96 Prozent der befragten Geflüchteten unterstützen die Aussage, dass „man ein demokratisches System haben sollte“ (Tabelle 5, Spalte A). Damit stimmen die Antworten der Geflüchteten fast vollständig mit denen der deutschen Befragten im WVS überein (Spalte B). Allerdings unterstützt rund ein Fünftel der befragten Geflüchteten teilweise oder vollständig die Idee eines „starken Führers, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss“. Ferner stimmen 55 Prozent der Geflüchteten der Aussage vollständig oder teilweise zu, dass „Experten und nicht die Regierung darüber entscheiden sollten, was für das Land das Beste ist“. Die Zustimmung zu diesen beiden unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten problematischen Aussagen scheint aber unter Geflüchteten nicht höher ausgeprägt zu sein als unter deutschen Befragten, von denen 22 Prozent die Vorstellung eines starken Führers und 59 Prozent eine Expentherrschaft unterstützen.

Deutlich höher ist die Zustimmung zu diesen antidemokratischen Aussagen jedoch unter Befragten des WVS aus den Krisenregionen: In Ägypten, Algerien, dem Irak, dem Jemen, Libyen und Palästina unterstützt fast jede oder jeder zweite Befragte die Idee eines starken Führers und 70 Prozent sehen politische Entscheidungskompetenzen eher bei ExpertInnen als bei der Regierung (Tabelle 5, Spalte C).

Tabelle 5

Einstellungen zu Regierungsformen und zur Demokratie

Anteile zustimmender Antworten (gewichtet und gerundet) in Prozent

Datenbasis	IAB-BAMF-SOEP-Befragung	World Values Survey (WVS)			Differenz	
	Geflüchtete ¹	Deutsche ^{2,3}	Bevölkerung in den Krisenländern ^{2,4}	Spalte A und B ⁵	Spalte A und C ⁵	
						Spalte A
Einstellungen zu Regierungsformen						
Man sollte ein demokratisches System haben.	96	95	91	(1)	5	
Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss.	21	22	46	(-1)	-25	
Experten und nicht die Regierung sollten darüber entscheiden, was für das Land das Beste ist.	55	59	70	(-4)	-15	
Einstellungen zur Demokratie						
Die Menschen wählen ihre Regierung in freien Wahlen.	96	92	89	4	7	
Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer.	92	92	67	(0)	25	
Bürgerrechte schützen die Menschen vor staatlicher Unterdrückung.	93	83	80	10	13	
Die Regierung besteuert die Reichen und unterstützt die Armen.	81	71	63	10	18	
Religionsführer bestimmen letztlich die Auslegung der Gesetze.	13	8	55	5	-42	

1 Die Antwortskala der IAB-BAMF-SOEP-Befragung zu den Fragen nach den Regierungsformen, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll zu) reicht, wurden zu Ablehnung (Antworten 1 bis 4) und Zustimmung (Antworten 5 bis 7) zusammengefasst. Die Antwortvorgaben im WVS sehen im Gegensatz zur IAB-BAMF-SOEP-Befragung keine neutrale Mittelkategorie vor. Die Antworten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung auf der Mittelkategorie (Wert 4) werden in den Auswertungen als „Ablehnung“ gewertet. Ein alternatives Vorgehen der Wertung der Antworten auf der Mittelkategorie als „keine Angaben“ führt zu sehr ähnlichen Befunden: 98 Prozent, 23 Prozent und 66 Prozent Zustimmung zu den Aussagen. Bei den Einstellungen zur Demokratie wurde die Antwortskala, die von 0 (gehört auf keinen Fall zur Demokratie) bis 11 (gehört auf jeden Fall zur Demokratie) reicht, zu Ablehnung (Antworten 0 bis 5) und Zustimmung (Antworten 6 bis 10) zusammengefasst. Die Antwortvorgaben im WVS sehen im Gegensatz zur IAB-BAMF-SOEP-Befragung keine neutrale Mittelkategorie vor. Die Antworten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung auf der Mittelkategorie (Wert 5) werden in den Auswertungen als „Ablehnung“ gewertet. Ein alternatives Vorgehen der Wertung der Antworten auf der Mittelkategorie als „keine Angaben“ führt zu sehr ähnlichen Befunden: 97 Prozent, 96 Prozent, 95 Prozent, 87 Prozent und 14 Prozent Zustimmung zu den Aussagen.

2 Die Antwortskala des WVS bei den Fragen zu den Regierungsformen, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 4 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 2) und Zustimmung (Antworten 3 bis 4) zusammengefasst. Die Antwortskala, die von 1 (gehört auf keinen Fall zur Demokratie) bis 10 (gehört auf jeden Fall zur Demokratie) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 5) und Zustimmung (Antworten 6 bis 10) zusammengefasst.

3 Es wurden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.

4 Im WVS nicht enthalten sind Syrien, Afghanistan oder Eritrea. Als Krisenländer werden definiert: Algerien, Palästina, Irak, Libyen, Ägypten und Jemen.

5 Differenzen in Prozentpunkten. Schätzungen, die auf einen statistisch nicht signifikanten Unterschied hindeuten (Adjusted Wald Test, 99-prozentiges Signifikanzniveau) werden in Klammern gesetzt.

6 Der Anteil fehlender Angaben bei den Fragen zu den Regierungsformen (weiß nicht, Verweigerung) liegt in Deutschland bei ein bis vier Prozent (WVS), in den Krisenländern (WVS) bei sechs bis acht Prozent und bei Geflüchteten (IAB-BAMF-SOEP-Befragung) bei 13 bis 26 Prozent. Der Anteil fehlender Angaben bei den Fragen zu den demokratischen Einstellungen (weiß nicht, Verweigerung) liegt in Deutschland bei bis zu zwei Prozent (WVS), in den Krisenländern (WVS) bei sechs bis zehn Prozent und bei Geflüchteten (IAB-BAMF-SOEP-Befragung) bei elf bis 20 Prozent. In beiden Fällen lässt sich aus den vorliegenden Daten jedoch nicht ableiten, inwieweit diese Differenz auf Unterschiede in Erhebungsinstrumenten und -situation, Sprachproblemen oder sozialer Erwünschtheit zurückzuführen sind.

Quellen: IAB-BAMF-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet; World Values Survey, 6. Welle, 2010-2014.

Auch auf die Frage, welche Elemente zu einer Demokratie gehören, ähneln die Antworten der Geflüchteten denen der deutschen Befragten: So sind 96 Prozent der Geflüchteten und 92 Prozent der Deutschen der Meinung, „dass Menschen ihre Regierung in freien Wahlen bestimmen sollen“. Auch unterstützen die Geflüchteten genauso wie die Deutschen die Gleichberechtigung der Frauen: Jeweils 92 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „gleiche Rechte von Männern und Frauen“ ein Bestandteil der Demokratien sind.

Neben Freiheit und Gleichheit fällt die Zustimmung der Geflüchteten besonders hoch aus bezüglich zweier Aussagen, die auf den Schutz der Bürgerrechte und die

Achtung Schwächerer zielen: 93 Prozent der Geflüchteten sehen „Bürgerrechte als Schutz der Menschen vor staatlicher Unterdrückung“ als bedeutsam (gegenüber 83 Prozent der Deutschen) und 81 Prozent unterstützen die Vorstellung, dass „die Regierung die Reichen besteuert und die Armen unterstützt“ (gegenüber 71 Prozent der Deutschen). Somit fällt bei diesen beiden Aussagen die Zustimmung Geflüchteter rund zehn Prozentpunkte höher aus als die der deutschen Befragten des WVS.

Schließlich wurde mit der Frage, ob der „Religionsführer die Auslegung der Gesetze bestimmen“ soll, untersucht, inwieweit die Befragten die Trennung von Staat und Religion befürworten. Mit 13 Prozent stimmte nur

eine Minderheit der Geflüchteten dieser Aussage zu. Zwar liegt dieser Wert statistisch signifikant über dem der Deutschen (acht Prozent), jedoch über 40 Prozentpunkte unter der Zustimmungsquote, die diese Aussage in Ägypten, Algerien, Irak, Jemen, Libyen und Palästina erhält (etwa 55 Prozent).

Auch wenn Geflüchtete vielfach aus Regionen stammen, in denen etwa jede oder jeder zweite Befragte die Rolle der Religionsführer in der Gesetzgebung betont oder aber einen starken Führer positiv bewertet, ähneln die in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung geäußerten Antworten der Geflüchteten zu demokratischen Prinzipien viel mehr denjenigen deutscher Befragter als denen aus ihren Herkunftsländern. Offensichtlich liegt hier eine starke Selektion der Geflüchteten im Vergleich zu den Bevölkerungen der Herkunftsländer vor.

Rollenverständnis von Mann und Frau

Um Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verständnis der Rollen von Mann und Frau zwischen den Geflüchteten und der in Deutschland lebenden Bevölkerung zu untersuchen, wurde die Zustimmung zu drei Aussagen miteinander verglichen. Dabei geht es um die Rolle der Frau im Erwerbsleben sowie im familiären Kontext und den Stellenwert der Bildung der Mädchen gegenüber Jungen. Da sich die Ausprägungen der Antwortkategorien im WVS von denen in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung unterscheiden, wurden hier Kategorien zusammengefasst, um die Befragungen zu harmonisieren.²¹

Der Anteil der befragten Deutschen, die der Aussage, dass „eine Arbeit zu haben [...] für eine Frau die beste Möglichkeit [ist] unabhängig zu sein“, zustimmt, ist mit 72 Prozent geringer als bei den Geflüchteten (86 Prozent, Tabelle 6). Statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Geflüchteten und der Vergleichsgruppe zeigen sich sowohl insgesamt, als auch innerhalb der Geschlechtergruppen. Ein Vergleich der Effektstärken (Kasten 4) verdeutlicht, dass der Unterschied insgesamt eine mittlere Größenordnung erreicht (0,34) und bei Männern (0,46) größer ist als bei den Frauen (0,21). Die Effektstärken von Frauen und Männern unterscheiden sich ebenfalls statistisch signifikant.

²¹ Bei der Frage nach der Unabhängigkeit der Erwerbsarbeit und den Verdiensten enthält der WVS drei Antwortkategorien („stimme zu“, „weder noch“, „stimme nicht zu“). Hier wurden die Ausprägungen 5 bis 7 in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung zusammengefasst und der Antwort „stimme zu“ im WVS zugeordnet. Bei der Frage nach der Bildung von Söhnen und Töchtern enthält der WVS vier Antwortkategorien („stimme voll und ganz zu“, „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“). Hier wurden die Ausprägungen 1 und 2 im WVS und die Kategorien 5 bis 7 in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung in der Kategorie „Zustimmung“ zusammengefasst.

Tabelle 6

Vergleich der Einstellungen zu Geschlechterrollen zwischen Geflüchteten und Deutschen

Anteil der zustimmenden Antworten in Prozent

	Geflüchtete ¹	Deutsche ^{2,3}	standardisierte Differenz ⁴	Cohen's D ⁵
<i>Eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit unabhängig zu sein.</i>				
Frauen	88	81	*	0,21
Männer	85	62	**	0,46
gesamt	86	72	**	0,34
N	2 123	1 914		
<i>Wenn eine Frau mehr Geld verdient als ihr Partner, führt dies zwangsläufig zu Problemen</i>				
Frauen	30	20	**	0,25
Männer	28	16	**	0,32
gesamt	29	18	**	0,25
N	2 074	1 906		
<i>Für Eltern sollte die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Söhne wichtiger sein als die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Töchter.</i>				
Frauen	14	11	n.s.	0,11
Männer	19	18	n.s.	0,02
gesamt	18	14	n.s.	0,10
N	2 121	1 922		

Anmerkungen: ***: signifikant zum Ein- und Fünf-Prozentriveau. Die Ergebnisse wurden ebenfalls auf Basis einer alternativen Kodierung berechnet, bei der die Kategorie 4 auf Missing gesetzt wurde und 1 bis 3 als „Ablehnung“ sowie 5 bis 7 als „Zustimmung“ gewertet wurde. Auf Basis dieser Abgrenzung ergaben sich teilweise zugespitzte Ergebnisse, insbesondere bei der Aussage „Eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit unabhängig zu sein“. Nach wie vor waren die Unterschiede statistisch signifikant, wobei sich die Effektstärken insbesondere in der ersten Frage erhöhten.

- 1 Die Antwortskala der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 4) und Zustimmung (Antworten 5 bis 7) zusammengefasst.
- 2 Die Antwortskala des WVS, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 4 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 2) und Zustimmung (Antworten 3 bis 4) zusammengefasst.
- 3 Es wurden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.
- 4 Adjusted Wald-Test
- 5 Maß für die Effektstärke auf Basis standardisierter Mittelwerte.

Quellen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet; World Values Survey, 6. Welle, 2010-2014.

© DIW Berlin 2016

Bei der Aussage „Wenn eine Frau mehr Geld verdient als ihr Partner, führt dies zwangsläufig zu Problemen“ traten dagegen die Deutschen 2013 stärker als die Geflüchteten für die Gleichstellung der Geschlechter ein: 29 Prozent der Geflüchteten und 18 Prozent der Vergleichsgruppe stimmen dieser Aussage zu. Der Unterschied beträgt bei den Frauen 30 zu 20 Prozent und bei den Männern 28 zu 16 Prozent. Hier sind die Unterschiede in allen Gruppen statistisch signifikant. Die Effektstärken sind jedoch vergleichsweise klein und nicht statistisch signifikant unterschiedlich. Für die Gesamtstichprobe liegt der Wert bei 0,25, bei den Frauen sind es ebenfalls 0,25 und bei den Männern 0,32.

Kasten 4

Berechnung der Effektstärke von Unterschieden zwischen verschiedenen Gruppen

Die Signifikanz von Unterschieden zwischen zwei verschiedenen Gruppen sagt noch nichts über die Stärke dieser Effekte aus. Je größer die Stichprobe, desto geringer ist die Standardabweichung, und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch kleine Unterschiede statistisch signifikant sind. Um die Stärke der Unterschiede in verschiedenen Stichproben vergleichbar zu machen, hat Cohen¹ ein Verfahren vorgeschlagen, bei dem die Differenz der Mittelwerte durch die gewichtete Standardabweichung in den jeweiligen Stichproben geteilt werden (Cohen's D). Auf diesem Weg kann die Effektstärke von Unterschieden in den Mittelwerten größenunabhängig berechnet werden. Dabei gilt ein Wert in der Größenordnung von 0,1 bis 0,3 als kleiner, von 0,3 bis 0,8 als mittlerer und von 0,8 und größer als starker Unterschied.

¹ Cohen, J. (1988): *Statistical power analysis for the behavioral sciences* (Zweite Auflage). Hillsdale, NJ: Erlbaum.

18 Prozent der Geflüchteten und 14 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass „für Eltern [...] die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Söhne wichtiger sein [sollte] als die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Töchter“. Während die Zustimmung bei den geflüchteten Frauen höher ist als bei deutschen Frauen (14 Prozent zu elf Prozent), ergibt sich bei den Männern kaum ein Unterschied (19 Prozent zu 18 Prozent). Die Unterschiede sind bei dieser Aussage in keiner Gruppe statistisch signifikant und auch Unterschiede in den ohnehin sehr geringen Effektstärken sind zu vernachlässigen (Tabelle 6).

Unterschiede im Verständnis der Geschlechterrollen zwischen Geflüchteten und in Deutschland Lebenden sind also je nach Aussage und Geschlecht in unterschiedlicher Richtung und in mehr oder weniger großem Maß vorhanden.²²

Grundsätzlich ist bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass zwischen der Zustimmung zu eher abstrakten

²² Für eine vertiefte Analyse der Vorstellungen der Geflüchteten zu den Geschlechterrollen vgl. die qualitative Vorstudie zu dieser Untersuchung (Brücker et al. 2016b, 2016c). Siehe Brücker, H. et al. (2016c): *Geflüchtete Menschen in Deutschland: Warum sie kommen, was sie mitbringen und welche Erfahrungen sie machen*. IAB-Kurzbericht Nr. 15, Nürnberg.

Normen und den im Alltag tatsächlich gelebten Werten erhebliche Unterschiede auftreten können.

Angekommen? – Soziale Teilhabe und Lebenszufriedenheit**Soziale Kontakte**

Die meisten der befragten Geflüchteten leben erst recht kurz in Deutschland. Eine zentrale Frage für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie die Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem sind neue Kontakte und der Aufbau sozialer Netzwerke. Das gilt nicht nur für die Kontakte zur deutschen Bevölkerung, auch Kontakte zu anderen MigrantInnen können der Informationsbeschaffung dienen und die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Im Mittel haben die Geflüchteten seit dem Zuzug drei neue Kontakte zu Deutschen und fünf neue Kontakte zu Personen aus den Herkunftsländern (ohne Verwandte) aufgebaut.

Nun ist für die soziale Teilhabe nicht allein die Zahl der neuen Kontakte, sondern auch ihre Intensität relevant. Insgesamt haben 60 Prozent der Geflüchteten mindestens einmal die Woche Kontakte zu Deutschen und 67 Prozent zu Menschen aus ihren Herkunftsländern. Sowohl die Zahl neuer Kontakte als auch die Kontaktintensität zu Deutschen steigt mit dem Bildungsstand. Dezentral untergebrachte Geflüchtete haben häufiger Kontakte zu Deutschen als solche, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, und in kleineren Kommunen etwas häufiger als in Großstädten. Für die Kontaktintensität zu Menschen aus den gleichen Herkunftsländern zeichnet sich der umgekehrte Trend ab.

Diskriminierungserfahrungen

Das Zusammenleben in Deutschland und die Teilhabe der Geflüchteten an allen Bereichen der Gesellschaft kann auch durch Vorurteile und Ressentiments belastet werden. In der Wahrnehmung der Geflüchteten hat eine Minderheit von zehn Prozent häufig Diskriminierungserfahrungen gemacht, weitere 36 Prozent selten. Die Geflüchteten weisen damit etwas häufiger Diskriminierungserfahrungen auf als der Durchschnitt der Migrationsbevölkerung in Deutschland (32 Prozent im Jahr 2015).

Die Wahrnehmung von Diskriminierungserfahrungen schwankt nur geringfügig zwischen den Bildungsgruppen. Unter den Personen in Gemeinschaftsunterkünften ist der Anteil, der häufig Diskriminierungserfahrungen gemacht hat, mit zwölf Prozent spürbar höher als bei den Personen, die dezentral untergebracht sind (sieben Prozent). Geflüchtete in Partnerschaften und mit einem anerkannten Schutzstatus fühlen sich selte-

Tabelle 7

Lebenszufriedenheit Geflüchteter und von Personen ohne Migrationshintergrund

Indikator	ohne Migrationshintergrund	Geflüchtete	standardisierte Differenz
Alter in Jahren ¹	52,0 (18,9)	31,2 (10,8)	-1,14*
Geschlecht ¹ (Prozent weiblich)	51,3	27,4	-
Lebenszufriedenheit ^{1,a}	7,25 (1,75)	6,86 (2,55)	-0,21*
LZ Wohnen ^{1,a}	7,92 (1,82)	6,28 (3,08)	-0,83*
LZ Einkommen ^{1,a}	6,38 (2,47)	5,64 (3,06)	-0,29*
LZ Gesundheit ^{1,a}	6,56 (2,24)	7,72 (2,65)	0,51*
Gesundheitszustand ^{1,c}	3,31 (0,98)	3,92 (1,15)	0,61*
Gesundheit, Sorgen ^{1,e}	1,90 (0,68)	1,61 (0,76)	-0,42*
Einsamkeit ^{2,c}	2,03 (0,74)	2,71 (1,15)	0,86*
Depressivität ^{3,d}	1,56 (0,56)	1,85 (0,73)	0,50*
N	20 548	2 349	

Anmerkungen: ***, signifikant zum Ein- und Fünf-Prozentniveau. Mittelwerte, Standardabweichungen in Klammern. LZ = gegenwärtige allgemeine Lebenszufriedenheit. Höhere Werte in der "Differenz"-Spalte stehen für stärkere Ausprägungen. Nach Cohen (1988) entspricht eine standardisierte Differenz zwischen 0,2 und 0,5 einem kleinen Effekt, zwischen 0,5 und 0,8 einem mittleren und größer als 0,8 einem starken Effekt.

- 1 Erhoben im Jahr 2015.
- 2 Erhoben im Jahr 2013.
- 3 Erhoben im Jahr 2016.
- a Skalenbereich von Null bis Zehn.
- b Skalenbereich von Eins bis Sieben.
- c Skalenbereich von Eins bis Fünf.
- d Skalenbereich von Eins bis Vier.
- e Skalenbereich von Eins bis Drei.

Quellen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet; SOEP:v31, Jahre 2000-2014.

© DIW Berlin 2016

ner diskriminiert, mit guten Deutschkenntnissen häufiger. In Hinblick auf die Größe der Kommunen ergibt sich kein einheitliches Muster.²³

Lebenszufriedenheit

Ein wichtiges Maß für die Lebensqualität ist die subjektive Lebenszufriedenheit. Sie kann als umfassender Wohlfahrtsindikator verstanden werden und gibt damit einen ersten Anhaltspunkt, inwieweit sich die Lebensqualität der Geflüchteten und der Bevölkerung in Deutschland angleichen. Die Vergleichsgruppe bilden hier die vom SOEP befragten Personen ohne Migrationshintergrund.

Bei der allgemeinen Bewertung der Lebenszufriedenheit zeigt sich, dass die Geflüchteten zwar weniger zufrieden sind als Menschen ohne Migrationshintergrund, aber

die Differenz vergleichsweise klein ist – was jedoch zum Teil auch der jüngeren Altersstruktur der Geflüchteten geschuldet ist. Größere Unterschiede treten auf, wenn die Zufriedenheit bezüglich einzelner Lebensbereiche betrachtet wird: Wie nicht anders zu erwarten gibt es einen großen Unterschied zwischen Geflüchteten und Personen ohne Migrationshintergrund in ihrer Zufriedenheit mit der Wohnsituation und einen mittelgroßen Unterschied in Hinblick auf das Einkommen (Tabelle 7).

Gesundheit

Geflüchtete sind mit ihrer Gesundheit insgesamt zufriedener als Menschen ohne Migrationshintergrund, bewerten ihren Gesundheitszustand als besser und machen sich auch weniger Sorgen um ihre Gesundheit (Tabelle 7). Eine Erklärung für dieses vielleicht als überraschend empfundene Ergebnis könnte im vergleichsweise niedrigeren Alter der Geflüchteten liegen. Bei einer multivariaten Analyse, die unter anderem das Alter berücksichtigt, verbleiben auch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geflüchteten und Personen ohne Migrationshintergrund.²⁴ Es ist ebenfalls denkbar, dass nur vergleichsweise gesunde Menschen die vielfach strapaziösen Belastungen der langen Flucht auf sich genommen haben und in Deutschland auch angekommen sind.

Das Ergebnis eines vergleichsweise gut eingeschätzten Gesundheitszustands relativiert sich allerdings durch andere Ergebnisse der Befragung: So leiden Geflüchtete sehr viel stärker als Menschen ohne Migrationshintergrund unter Einsamkeit und unter Depressionen.

Fazit

Die Befragung der Geflüchteten bestätigt teilweise vorhandene Erkenntnisse, teilweise ergibt sich aber auch ein erweitertes Bild. Die meisten Geflüchteten geben an, dass sie ihre Herkunftsländer aus Angst vor Krieg, Gewalt und Verfolgung verlassen haben. Als prekär eingestufte persönliche Lebensbedingungen dürften ebenfalls zur Fluchtentscheidung beigetragen haben. Auch für das Verlassen der Transitländer spielen neben den prekären Lebensverhältnissen Vertreibung, Verfolgung und Diskriminierung eine wichtige Rolle. Deutschland wurde – so die Aussagen der Geflüchteten – vor allem wegen der erwarteten hohen Schutzgewährung als Zielland ausgewählt. Die Kosten und Risiken der Flucht sind hoch, aber im Zeitverlauf gefallen.

Das Niveau der Allgemeinbildung der Geflüchteten ist stark polarisiert: Einer vergleichsweise großen Gruppe, die weiterführende Schulen besucht hat, steht eine eben-

²³ Für eine vertiefte Analyse vgl. Brücker, H. et al. (2016a), a. a. O.

²⁴ Die Ergebnisse stehen auf Anfrage zur Verfügung.

falls recht große Gruppe gegenüber, die nur Grundschulen oder gar keine Schule besucht hat. Auf einen wenigstens zehnjährigen Besuch einer allgemeinbildenden Schule, wie er in Europa Mindeststandard ist, kommen 55 Prozent der Geflüchteten. Rund 30 Prozent der Geflüchteten haben Hochschulen und berufliche Bildungseinrichtungen besucht, weniger als 20 Prozent hier einen Abschluss erworben. Rund zwei Drittel der Geflüchteten wollen aber in Deutschland noch Schul- oder Berufsabschlüsse erwerben, sodass zu erwarten ist, dass das Bildungsniveau steigen wird – zumal in diesem Bericht die Kinder und ihre Schulbildung noch nicht berücksichtigt werden. Die meisten Geflüchteten verfügten beim Zuzug nach Deutschland über keine Deutschkenntnisse, mit zunehmender Aufenthaltsdauer ist aber ein deutlicher Anstieg der Sprachkompetenz festzustellen.

Die Arbeitsmarktintegration der befragten Geflüchteten ist noch gering, aber mit zunehmender Aufenthaltsdauer ist ein Anstieg der Erwerbstätigkeit zu beobachten. Die ersten Ergebnisse entsprechen dem Muster des Integrationsverlaufs, das auch in der Vergangenheit bei der Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten beobachtet werden konnte.

Die vorhandenen Beratungs- und Integrationsangebote oder solche, die im vergangenen Jahr entstanden sind, hat erst ein Teil der Geflüchteten wahrgenommen oder wahrnehmen können. Rund ein Drittel der in der Stichprobe repräsentierten Geflüchteten hat an Integrationskursen teilgenommen, insgesamt zwei Drittel haben Sprachkurse besucht. Viele Beratungsangebote, etwa zur Integration in den Arbeitsmarkt, und die Arbeitsvermittlung werden bisher erst von einer Minderheit der Geflüchteten genutzt. Erste Ergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass gezielte Integrationsmaßnahmen die Erwerbsbeteiligung deutlich erhöhen können.

Teilhabe und Inklusion hängen nicht allein von der Integration in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem ab. Es wird auch eine wichtige Rolle spielen, inwieweit die Geflüchteten mit der Bevölkerung in Deutschland gemeinsame Grundwerte teilen. Ein Vergleich der Wertvorstellungen zeigt, dass die Geflüchteten in ihren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundüberzeugungen der deutschen Bevölkerung ähnlich sind, sich aber erheblich von den Bevölkerungen in ihren Herkunftsregionen unterscheiden. Bei dem Rollenverständnis von Mann und Frau treten neben Gemeinsamkeiten allerdings auch Unterschiede zur deutschen Wohnbevölkerung auf.

Wie zu erwarten, sind die Geflüchteten weniger mit ihrer Wohn- und Einkommenssituation zufrieden als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Insgesamt sind die Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit aber gering. Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist unter den Geflüchteten sogar höher als in der Vergleichsgruppe – ein Ergebnis, das auch mit dem geringen Durchschnittsalter der Geflüchteten zu tun haben kann.

Insgesamt sprechen die ersten Ergebnisse aus der IAB-BAMF-SOEP-Befragung dafür, dass die seit 2013 gekommenen Geflüchteten in Hinblick auf ihre Biografien, ihren Bildungshintergrund, ihre Wertvorstellungen und Persönlichkeitsmerkmale sehr heterogen sind. Vor dem Hintergrund ihres geringen durchschnittlichen Alters und ihrer hohen Bildungs- und Erwerbsaspirationen bestehen erhebliche Potentiale für die Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. Auch wenn diese Integration erst am Anfang steht, kann künftig mit Fortschritten gerechnet werden. Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten wird diese Entwicklungen weiter verfolgen.

Herbert Brücker ist Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | herbert.bruecker@iab.de

Christian Babka von Gostomski ist Mitarbeiter im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | christian.babkavongostomski@bamf.bund.de

Martin Friedrich ist studentische Hilfskraft der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mfriedrich@diw.de

Yuliya Kosyakova ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | yuliya.kosyakova@iab.de

David Richter ist Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | drichter@diw.de

Jana A. Scheible ist Mitarbeiterin im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | janaanne.scheible@bamf.bund.de

Steffen Sirries ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | steffen.sirries@iab.de

Nina Rother ist Referatsleiterin im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | nina.rother@bamf.bund.de

Axel Böhm ist Mitarbeiter im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | axel.boehm@bamf.bund.de

Marco Giesselmann ist Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgiesselmann@diw.de

Martin Kroh ist stellvertretender Leiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mkroh@diw.de

Agnese Romiti ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | agnese.romiti@iab.de

Paul Schmelzer ist Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | pschmelzer@diw.de

Parvati Trübswetter ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | parvati.truebswetter@iab.de

Jürgen Schupp ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | jschupp@diw.de

Tanja Fendel ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | tanja.fendel@iab.de

Elisabeth Liebau ist Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Surveymethodik und -management (SOEP Survey)“ am DIW Berlin | eliebau@diw.de

Diana Schacht ist Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | dschacht@diw.de

Manuel Siegert ist Mitarbeiter im Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) | manuel.siegert@bamf.bund.de

Ehsan Vallizadeh ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Internationale Vergleiche und Europäische Integration“ im IAB | ehsan.vallizadeh@iab.de



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
83. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Norma Burow
Felix Weinhardt, Ph.D.

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.